

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/1002/2016/1. Erg.

Auskunft erteilt:

Herr Treutler

Ruf:

492 50 26

E-Mail:

Treutler@stadt-muenster.de

Datum:

06.04.2017

Betrifft

Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung

Beratungsfolge

27.04.2017 Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen
mit Behinderungen

17.05.2017 Haupt- und Finanzausschuss

17.05.2017 Rat

Anhörung

Vorberatung

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Dem in der Begründung vorgestellten und in Anlage 1 illustrierten Konzept für ein Sozialmonitoring wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, das Sozialmonitoring nach diesen Maßgaben umzusetzen und ab 2017 jährlich fortzuschreiben. Dabei soll der Statusindex um einen Dynamikindex ergänzt werden, der auf der Grundlage des verwendeten Indikatorensets die Entwicklungsrichtung in den zurückliegenden drei Jahren anzeigt. Das Sozialmonitoring soll in geeigneter Weise als Onlineressource allgemein zugänglich sein.
2. **Darüber hinaus prüft die Verwaltung, inwieweit weitere Indikatoren mit aufgenommen werden können, soweit sich diese kleinräumig darstellen lassen. Der ASSGVAf wird im 3. Quartal 2017 darüber informiert, ob dies mit verfügbaren Daten möglich ist.**
3. **Das so konzipierte Sozialmonitoring wird neben anderen bereits verfügbaren und künftigen Monitorings sowie kleinräumig aufbereiteten Datenübersichten und -zusammenstellungen als ein Modul in ein kurz- bis mittelfristig weiterzuentwickelndes Informations- und Datenportfolio eingebettet. Dieses muss so angelegt sein, dass damit die Entwicklung in den Quartieren nach Maßgabe quartiersspezifischer Ziele auf der einen Seite sowie die städtischen Entwicklungsziele auf der anderen Seite abbildet werden können. Hierbei sind insbesondere die im Rahmen der global nachhaltigen Kommune sowie weiterer Ziele, die im Rahmen des Prozesses MünsterZukünfte sowie der Umsetzung des Masterplans altersgerechte, inklusive Quartiere erarbeitet werden, einzubeziehen.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Begründung:

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL hat sich der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 05.04.2017 einstimmig dafür ausgesprochen, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat die Annahme des o. a. Beschlussvorschlags zu empfehlen.

Die Verwaltung schließt sich der Empfehlung an.

In Vertretung

gez.
Cornelia Wilkens
Stadträtin